

»Die Nachbeben der Welle werden wir bis 2070 spüren«

Der renommierte **Pensionsexperte** Bernd Marin fordert, dass alle ein bis zwei Monate später in Pension gehen – ab sofort.

♦ VON JEANNINE HIERLÄNDER

Auf Österreich rollt eine beispiellose Pensionswelle zu. Das war abzusehen – aber ist Österreich darauf vorbereitet?

Bernd Marin: Nein, kaum. Dabei war das tatsächlich seit Jahrzehnten vorhersehbar. Bis 2034 müssen Erwerbstätige eine Million Pensionisten zusätzlich alimentieren. Eine Million über 80-Jährige werden das Pflegesystem strapazieren. Das gab es noch nie. Die Nachbeben werden wir bis 2070 spüren.

Immer mehr Beschäftigte müssen für immer mehr Pensionisten aufkommen. Kann man noch etwas tun, um das abzumildern, oder ist dieser Zug abgefahren?

Es heißt oft, man müsse nur das faktische Pensionsalter (*Männer: 61 Jahre, Frauen: 59 Jahre, Anm.*) anheben, um das System zu entlasten. Das ist dummes Gerede. Entscheidend ist, zeitgleich das gesetzliche Antrittsalter an die fantastische Langlebigkeit anzupassen. Frauen gewinnen derzeit 71, Männer 101 Tage im Jahr an Lebenserwartung dazu. Als ob man von Weihnachten bis Ostern nicht altern würde. Wunderbar. Aber allein das belastet das Pensionssystem mit bis zu 300 Millionen Euro im Jahr zusätzlich.

Also alle länger arbeiten – ab sofort?

Ja, natürlich. Das geht ohne schmerzliche Einschnitte. Man sollte das Zugangsalter völlig freigeben und bloß das gesetzliche Referenzalter jährlich

um ein, zwei Monate anheben – nur, solange wir drei bis vier Monate im Jahr länger leben. Es kann ja niemandem, der bei Sinnen ist, irgendwie wehtun, erst im April statt im Februar in Pension zu gehen. Dann muss er vielleicht die Nilkreuzfahrt um ein paar Wochen verschieben, wenn die gesamte Pensionsdauer trotzdem weiter um Jahre steigt und die Pensionen dadurch höher und sicher werden können.

Gibt es Best-Practice-Beispiele?

In Dänemark wird jeder Zuwachs an Lebenserwartung eins zu eins zu längerer Arbeitsverpflichtung. Das ist viel zu streng und rigide. In Schweden ist man kulanter: 58 Prozent länger arbeiten, 42 Prozent zusätzliche Freizeit – und höhere Pensionen. Das ist nachhaltig und lebensnäher. Deutschlands „Rente mit 67“ oder demnächst wohl „Rente mit 70“ ist zu starr mechanistisch. Aber nur verantwortungsloses Nichtstun wie in Österreich geht gar nicht – beziehungsweise nur mit schweren Krisen und späteren brutalen Eingriffen.

Sie sind Berater – sind Politiker beim Thema Pensionen beratungsresistent?

Ich verstehe, wie Politik funktioniert, es geht derzeit fast nicht anders. Um das Pensionssystem wirksam zu reformieren, bräuchte es einen Grundkonsens fast aller Parteien, wie in Schweden und der Schweiz. Solange es den nicht

gibt, riskieren alle, Stimmen zu verlieren, und haben kaum Chancen, Stimmen zu gewinnen. Dazu kommt ein weit verbreiteter Pensionsanalphabetismus. Viele Bürger verstehen das ABC des Pensionssystems nicht. Das begünstigt Populismus. So ist Türkis-Blau mit dem Versprechen „Zeit für Neues“ angetreten und bei uralter, national-sozialer Wohlfühlpolitik gelandet.

Und jetzt wurden kurz vor der Wahl noch Zuckerln verteilt, mit der Hacklerpension und der außertourlichen Pensionserhöhung. Ein milliardenschweres Pensionsfiasko im Parlament. Was hätte man um so viel Geld Gutes tun können – ohne Vergeudung, verkehrte Weichenstellungen und Demoralisierung der Mehrheit durch falsche Signale!

In Österreich gibt es das Pensionskonto: Jeder kann sich ausrechnen, wie hoch seine Pension einmal sein wird. Wird diese Zahl für die heute 30-Jährigen noch gelten?

Jein. Es wird natürlich immer eine „Pension“ geben. Und die Kontobestände kann einem auch niemand mehr wegnehmen. Aber wie viel Kaufkraft am Ende hinter diesen Pensionsansprüchen steht, wird vom Mut zu Reformen abhängen. Meine Generation etwa bekommt ein Drittel weniger Pension, als uns in den 1980er-Jahren versprochen worden ist. Ohne, dass das Pensionsalter offiziell erhöht wurde.

STECKBRIEF



Bernd Marin (geb. 1948) ist Sozialwissenschaftler und hat an verschiedenen österreichischen Universitäten und im außeruniversitären Bereich gelehrt, etwa am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Aktuell ist er Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen.

Von Oktober 2015 bis Juni 2016 war Marin Rektor der privaten Webster Universität in Wien.

/// Fabry

Österreich sei auf Zuwanderung angewiesen, argumentieren Sie. Da ist natürlich die Frage: Welche Zuwanderung?

Zuwanderung kann die Pensionsfrage nicht lösen. Aber ohne Zuwanderung hätten wir gravierende Arbeitsmarkt- und Pensionsprobleme. Und Bevölkerungsschwund. Bis 2050 fehlen fast 1,5 Millionen Menschen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Zum Ausgleich bräuchte es nach Heinz Faßmann (*Wissenschaftler und später Bildungsminister im Kabinett Kurz, Anm.*) netto 44.000 Zuzügler im Jahr, doppelt so viele wie bisher. Was gar nicht funktioniert, ist, das Pensionssystem über Zuwanderung zu stabilisieren. Da bräuchten wir 225.000 Nettozuwanderung jährlich bis 2030. Eine Verzehnfachung der Immigration, das könnte die Gesellschaft zerreißen.

Woher sollen die alle kommen? Die EU-Länder brauchen ihre Arbeitskräfte selbst.

Deshalb werden Zuwanderer meist aus Drittstaaten kommen. Wenn der frühere und künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz sagt, die Pensionen wären sicher, wenn wir das System vor zu viel Zuwanderung schützen, weiß er genau, dass das Gegenteil wahr ist und diese „Replacement Migration“ selbstverständlich weiter zunehmen wird. Er widerspricht damit übrigens sich selbst vor 2015 und seinem langjährigen Berater Faßmann.

///